

Protokoll Nr. 29 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 06.11.2025 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 21:35 Uhr Sitzungsort:
Bürgerhaus Hemelingen
Godehardstraße 4
Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Heinz Hoffhenke
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Sebastian Springer
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Dr. Bernhard Rochell (Kassenärztliche Vereinigung Bremen)
Verena Madeleine Ortner (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)
Anne Dehlfing (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 18.09.2025 und 09.10.2025 sowie Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Ärztliche Versorgung im Stadtteil

dazu eingeladen: Kassenärztliche Vereinigung und Vertreter:innen der Senatorin für Gesundheit

TOP 4: Gewerbegebiet Hansalinie / Erschließung 3. Bauabschnitt

dazu eingeladen: Wirtschaftsförderung Bremen und Vertreter:innen der Senatorin für Wirtschaft:

TOP 5: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung und informiert die Anwesenden darüber, dass der Tagesordnungspunkt (TOP) 4 aufgrund von mehreren Krankheitsausfällen entfällt und in der Januarsitzung nachgeholt werden soll.

Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser mit Streichung des TOP 4 als beschlossen.

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 18.09.2025 und 09.10.2025 und Rückmeldungen

Die Protokolle der Sitzungen vom 18.09.2025 und 09.10.2025 werden genehmigt.

Rückmeldungen zur letzten Sitzung:

Frischküchen in Schulen

Jörn Hermening berichtet, dass die Übersicht zu Frischküchen noch nicht vorliegt, das Ortsamt hat den Senator für Kinder und Bildung (SKB) noch einmal erinnert.

Parksituation Anfang Ahlringstraße

Jörn Hermening berichtet, dass das Ordnungsamt gebeten wurde, die Ahlringstraße in die Kontrollen der Verkehrsüberwachung aufzunehmen. Es ist dort in den Bearbeitungsprozess eingesteuert worden.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger macht den Vorschlag, die Barke in der Arberger Heerstraße zu entfernen und ab Nauheimer Straße stadteinwärts den Radfahrstreifen zu verlängern.

AW Jörn Hermening: Das Thema soll noch mal im Mobilitätsausschuss beraten werden.

Eine Bürgerin berichtet, dass im Stadtteil vermehrt E-Scooter fahren, u.a. auch auf dem Fußweg und erkundigt sich nach den geltenden Richtlinien.

AW Jörn Hermening: Das Thema wurde vor kurzem im Mobilitätsausschuss behandelt. Dort wurde auch die Rechtslage erläutert.

Dirk Bülow, Revierleiter, erklärt, dass das Fahren zu zweit auf einem E-Scooter verboten ist. Das Abstellen der Scooter ist das große Problem und wird immer Beschwerden nach sich ziehen. Das Thema sollte in der Verkehrsdeputation behandelt werden. In den Genehmigungen sollte eine Klausel mit aufgenommen werden. Weiter informiert er, dass oftmals unter 14-jährige auf den Scootern unterwegs sind und das verboten sei.

Jörn Hermening ergänzt, dass es in Berlin gesonderte Abstellzonen gibt. In Bremen soll es demnächst einen entsprechenden Modellversuch geben.

Eine weitere Bürgerin beschwert sich ebenfalls über den Zustand mit den E-Scootern. Sie hat versucht eine Telefonnummer, die auf den Scootern steht, anzurufen und hat keine Verbindung zum Anbieter hinbekommen. Sie wünscht sich eine Rufnummer, die jede/r Bürger:in anrufen kann, die/der ein Problem mit E-Scootern hat.

AW Jörn Hermening: Der Beirat nimmt Bürgerbeschwerden ernst und weist noch einmal drauf hin, das Thema in die Verkehrsdeputation zu geben.

Ein weiterer Bürger weist darauf hin, dass die Müllansammlung in der Ahlringstraße weiterwächst. Er erwähnt, dass es gesetzliche Richtlinien wie das Bodenschutzgesetz gibt und das weiterhin eine Gefährdung besteht, da der Boden verunreinigt wird. Der Fußweg wäre mittlerweile ebenfalls betroffen. Er findet es sehr enttäuschend, dass die Stadt nicht eingreift.

AW: Jörn Hermening antwortet, dass die Gesetze für alle gelten und die Behörden daran arbeiten.

Der Bürger hat noch einen weiteren Punkt: In letzter Zeit sei ihm aufgefallen, dass es vermehrt Feuerwerk im Stadtteil gibt und fragt, ob das genehmigte Feuerwerke sind.

AW Jörn Hermening: Im Bezug zu der ansteigenden Zahl an Böllereien ist die Polizei tätig geworden. Das vermehrte Abbrennen von Feuerwerk sei ihm nicht bekannt.

Jens Dennhardt erkundigt sich, ob die Polizei oder das Ordnungsamt darüber Mitteilungen bekommen, wenn Feuerwerke genehmigt werden?

AW Dirk Bülow: Die Polizei bekommt Kenntnis darüber, aber nicht die einzelnen Dienststellen.

Jörn Hermening sichert zu, zu diesem Thema bei der Genehmigungsbehörde nachzufragen.

Die gleiche Bürgerin erkundigt sich, wann die Bäume in der Westerholzstraße nachgepflanzt werden.

AW Jörn Hermening: Der Beirat hat sich zu dem Thema positioniert und die Behörde aufgefordert tätig zu werden. Das Ortsamt fragt nach, wann der Termin ist. Das Thema ist in Bearbeitung.

TOP 3: Ärztliche Versorgung im Stadtteil

Zu diesem Thema sind Dr. Bernhard Rochell von der Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bremen sowie Verena Madeleine Ortner und Anne Dehlfing von der Gesundheitssenatorin (SGFV) anwesend.

Dr. Bernhard Rochell präsentiert einen Überblick zum Thema:

- Hemelinger Bürgerinnen und Bürger haben lange Wartezeiten und weite Wege zu Fachärzten, die Versorgung vor Ort ist unzureichend.
- Ursachen sind: Ärztemangel durch Berufswechsel, fehlenden Nachwuchs und hohe Arztbesuche (17,5 pro Patient/Jahr).
- Bremen insgesamt hat ausreichend Ärzte, aber auf Stadtteilebene fehlen viele Fachärzte, z.B. keine Hautärzte oder Urologen in Hemelingen.
- Die Bedarfsplanung erfolgt nur auf Ebene von Bremen und Bremerhaven, nicht auf Stadtteilebene, was Praxisansiedlungen erschwert.
- Wirtschaftliche Faktoren führen dazu, dass Praxen eher in wohlhabenden Stadtteilen entstehen.
- Ärzte bevorzugen Standorte, wo Zusatzleistungen bezahlt werden, was die Versorgung in ärmeren Stadtteilen verschlechtert.
- Dr. Bernhard Rochell betont, dass Arztwahl und Niederlassung frei sind und eine Bundesänderung der Bedarfsplanung nötig ist.

- Bis 2035 gehen etwa ein Drittel der Bremer Ärzte in Rente, was die Situation verschärfen wird.

Hinweis des Ortsamtes: Die gezeigte Präsentation kann aufgrund der vielen enthaltenen Urheberrechtsgeschützten Bilder nicht dem Protokoll beigefügt werden.

Diskussion:

Hans-Peter Hölscher weist auf die alarmierende Versorgungssituation in Hemelingen hin. In keinem Fachbereich werde ein Versorgungsgrad von 100 % erreicht; die Zusammenfassung mit gut versorgten Stadtteilen wie Schwachhausen verfälsche das Bild. Er berichtet von langen Wartezeiten bei dermatologischen Terminen, trotz Nutzung der Terminservicestelle 116 117. Zudem würden Praxen und Terminsysteme wie Doctolib zwischen privat und gesetzlich Versicherten unterscheiden. In Hemelingen gibt es nur einen Kinderarzt, aber keinerlei fachärztliche Angebote. Die Darstellung im Vortrag wird der Lage aus seiner Sicht nicht gerecht.

AW: Dr. Bernhard Rochell weist den Vorwurf mangelnder Aufrichtigkeit zurück. Die KV ist an bundesrechtliche Bedarfsplanung gebunden; die gezeigten Werte sind Modellrechnungen. Zulassungsentscheidungen trifft ein Ausschuss aus KV und Krankenkassen. Aussagen wie „Rufen Sie in vier Monaten wieder an“ entsprechen nicht dem Standard. Er bietet an, Einzelfälle zu prüfen.

Jens Dennhardt kritisiert, dass im Vortrag eine hohe Inanspruchnahme als Belastungsfaktor dargestellt worden ist, während man vor Ort Menschen eher zum Arztbesuch motivieren müsse. Er fragt, ob neue Arbeitsmodelle in Praxen berücksichtigt werden und wie die KV zu Medizinischen Versorgungszentren (MVZs) in unterversorgten Stadtteilen steht. Zudem regt er an, kommunale Abstandsregelungen für Arztpraxen analog zu Regelungen für Spielhallen zu schaffen, um eine gerechtere räumliche Verteilung zu fördern.

AW: Dr. Bernhard Rochell hält eine gezielte Steuerung grundsätzlich für sinnvoll, verweist aber auf bundesrechtliche Vorgaben. MVZs werden unterstützt, sofern dadurch tatsächlich neue Ärzte gewonnen würden. Bremen steht allerdings im Wettbewerb mit niedersächsischen Landkreisen, die umfangreiche Förderprogramme anbieten. Ein Drittel der Ärzteschaft werde bis 2030 in den Ruhestand gehen; entscheidend sei daher, Bremen attraktiver für Niederlassungen zu machen.

Ralf Bohr bittet um erneute Darstellung der Versorgungszahlen, die eine deutliche Unterversorgung Hemelingens zeigen. Er widerspricht der Aussage, man könne innerstädtisch „nichts machen“. Eigene Erfahrungen haben gezeigt, dass Termine über KV oder Krankenkassen oft nur außerhalb Bremens verfügbar seien. Hemelingen als WiN-Gebiet ist besonders betroffen; er fordert eine stärkere soziale Verantwortung der KV.

AW: Dr. Bernhard Rochell betont, dass Niederlassungsentscheidungen allein den Ärzten obliegen. Privatversicherte sind zwar ein wirtschaftlicher Faktor, aber nicht allein ausschlaggebend. Zwangsmaßnahmen sind nicht möglich; eine Steuerung ist nur begrenzt umsetzbar.

Reinhard Zwilling fragt nach dem Zusammenhang zwischen Privatversichertenzahlen und Niederlassungen und äußert Kritik an hohen Niederlassungsprämien im Umland.

AW: Dr. Bernhard Rochell bestätigt, dass Privatversicherte eine Rolle spielen können. Mobilitätsangebote wie Bürgerbusse könnten Versorgungslücken mindern. Neue rechtliche Steuerungsinstrumente müssten politisch geschaffen werden.

Berfin Atac weist auf die Unterversorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie hin und fordert konkrete Maßnahmen.

Yunas Kaya betont die Bedeutung psychischer Gesundheit und stellt Fragen zu

- Struktur und Entscheidungslogik der Terminservicestelle 116117,
- Nutzung und Barrierefreiheit von SMED,
- Übertragbarkeit des GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes auf städtische Problemlagen,
- möglichen Anreizen für Niederlassungen in benachteiligten Stadtteilen.

AW: Dr. Bernhard Rochell erklärt, dass kommunale MVZs nur bei festgestellter Unterversorgung möglich seien; dies treffe auf Bremen-Stadt nicht zu. In Bremerhaven entstehe derzeit ein entsprechendes Projekt. Die statistische Versorgungsbewertung für Hemelingen folge bundesrechtlichen Vorgaben. Bestehende Praxen würden durch erhöhte Leistungsvolumina unterstützt. SMED werde regelmäßig eingesetzt. Bei 116117 beraten geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ein externer Dienstleister; Fehlzusweisungen könnten im Einzelfall geprüft werden.

Eine Bürgerin kritisiert eine Entscheidung zur Nichtgenehmigung einer Zweigpraxis in Osterholz, obwohl Beirat und Bevölkerung diese ausdrücklich unterstützt hätten. Sie stellt einen Widerspruch fest zwischen der damaligen Ablehnung und späteren Aussagen gegenüber dem Beirat, wonach Stadtteile sich attraktiver darstellen müssten, um Ärzte zu gewinnen. Sie fordert eine stadtteilbezogene Betrachtung der Versorgung.

AW: Dr. Bernhard Rochell verweist auf den Zulassungsausschuss als gemeinsames Gremium von KV und Krankenkassen und auf gesetzliche Vorgaben. Neue Kapazitäten ließen sich nicht beliebig schaffen; die Knappheit betreffe alle Bereiche.

Dr. Christian Kornek verweist auf den demografischen Wandel und zahlreiche Ruhestände und fragt nach den erwarteten Auswirkungen.

AW: Dr. Bernhard Rochell bestätigt einen prognostizierten Rückgang des Versorgungsgrades auf rund 60 % bis 2035. Hauptgrund sei der Mangel an Studienplätzen; Bremen verfüge im Gegensatz zu anderen Ländern über keine eigene Medizinuniversität. Kurzfristig seien vor allem Förderprogramme und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung wirksam.

Verena Madeleine Ortner und Anne Dehlfing von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz stellen ihren Stand zum Thema vor:

- Die Gesundheitskompetenz der Menschen nimmt ab, viele suchen unnötig ärztliche Hilfe auf.
- Ziel ist es, durch Strukturen in den Quartieren die Patienten besser zu steuern und nur bei wirklichem Bedarf zum Arzt zu schicken.
- In den Quartieren gibt es Gesundheitsfachkräfte, die niedrigschwellig ansprechbar sind und bei der Frage helfen, ob ein Arztbesuch nötig ist.
- Diese Fachkräfte bieten auch Informationen zu Selbsthilfegruppen und sozialen Angeboten, um ärztliche Ressourcen zu entlasten.
- Gesundheitsfachkräfte arbeiten auch in Schulen, um Gesundheitsbildung zu fördern und Gesundheit langfristig zu erhalten.
- In der Stadt Böblingen wird modellhaft ein Gesundheitszentrum aufgebaut, das Arztpraxen, Beratungsangebote und einen Pflegestützpunkt unter einem Dach vereint.

- Ziel ist es, kurze Wege für Patienten zu schaffen und Ärzten zu ermöglichen, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.
- Diese Maßnahmen ersetzen keine Ärzte, sondern sind flankierende Angebote, die gut angenommen werden.
- Die Verzahnung mit der Regelversorgung soll verbessert werden, um die bestmögliche Versorgung sicherzustellen.
- Für die Zukunft (bis 2030 und darüber hinaus) gibt es keine einfache Lösung, da der Ärztemangel komplex ist.
- Es finden konstruktive Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) statt, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln.
- Eine neue Arbeitsgemeinschaft wurde gegründet, die sich mit den Versorgungsproblemen in verschiedenen Fachbereichen beschäftigt.
- Das Problem des Ärztemangels wird die nächsten Jahre bestehen bleiben, daher sind innovative und vielfältige Lösungsansätze notwendig.
- Es wird sowohl auf Bundesebene als auch lokal versucht, bestmöglich gegenzusteuern.

Diskussion:

Jens Dennhardt äußerte Zweifel an der aktuellen Strategie, Patient:innen verstärkt auf alternative Beratungsangebote zu verweisen. Er verwies darauf, dass der hohe Zulauf zu Notaufnahmen möglicherweise auf eine unzureichend verteilte ambulante Versorgung zurückzuführen sei. Außerdem weist er auf einen zunehmenden Trend hin, dass Ärzte angestellt oder in Teilzeit arbeiten möchten. Vor diesem Hintergrund erkundigte er sich, ob kommunale MVZs geeignet seien, bisher ungenutzte Fachkräftepotenziale zu erschließen. Außerdem regt er an, zu prüfen, ob Abstandsregelungen zwischen Praxen – analog zu Regelungen im Glücksspiel- oder Apothekenbereich – die Verteilung im Stadtgebiet verbessern könnten.

AW: Verena Madeleine Ortner stellt klar, dass niemand davon abgehalten werden soll, ärztliche Versorgung in Anspruch zu nehmen. Deutschland gehöre jedoch zu den Ländern mit den häufigsten Arztkontakten, ohne dass sich dies positiv auf die Lebenserwartung auswirke.

Mit dem Pflegekompetenzgesetz würden zusätzliche Aufgaben an Pflegefachkräfte übertragen, wie es in skandinavischen Ländern bereits üblich sei. Modelle wie „Community Nurses“ würden weiterverfolgt.

Zum Thema kommunaler MVZ bestätigt sie, dass entsprechende Prüfungen laufen und der Koalitionsvertrag dies unterstützt. Konzept und erste Planungen liegen vor; Standort- und Finanzierungsfragen seien jedoch noch offen.

Die vorgeschlagene Abstandsregelung weist sie mit dem Hinweis zurück, dass die Berufsfreiheit der Ärzteschaft verfassungsrechtlich geschützt sei und Eingriffe nur mit bundesrechtlicher Grundlage zulässig seien.

Elisabeth Laß widerspricht dem Hinweis, Abstandsregelungen seien grundsätzlich unzulässig, und verweist auf bestehende verfassungsrechtliche Rechtfertigungen im Gesundheitsrecht. Sie bittet darum, entsprechende Prüfungen dennoch weiterzuverfolgen. Zusätzlich stellte sie eine Frage zur statistischen Bewertung der Kinderarztversorgung und weist darauf hin, dass einzelne Praxen faktisch bereits länger ausgedünnt seien.

AW: Verena Madeleine Ortner erläutert, dass derartige Daten durch die Kassenärztliche Vereinigung erhoben werden und die Verwaltung keinen direkten Einfluss auf die Detailbewertung habe.

Yunas Kaya betont die Bedeutung der Primärprävention und weist auf erhebliche Defizite im schulischen Bereich hin. Er bittet um Beispiele und fragt konkret nach der Definition von „Gesundheitsfachkräfte“ und welche Berufsgruppen darunter verstanden werden.

AW Verena Madeleine Ortner: Gesundheitsfachkräfte an Schulen sind inzwischen verstetigt und haben in der Regel einen Public-Health- oder Pflegehintergrund. Sie sind an mehreren Grundschulen im Binnengebiet Bremens tätig und unterstützen dort Maßnahmen zu Ernährung, Bewegung und gesundheitlicher Prävention. Assistenzkräfte für einzelne Schülergruppen seien hiervon jedoch nicht umfasst.

Dr. Christian Kornek stellt den Antrag einen Beschlussvorschlag einzubringen, dass zeitnah Lösungen erarbeitet werden, um dem Demografischen Wandel der zu einen großen Mangel an Ärzten führen wird entgegenzuwirken.

Jörn Hermening bittet darum, den Beschlussvorschlag nach der Diskussion zur Abstimmung zu stellen.

Dr. Christian Kornek ist damit einverstanden.

Ralf Bohr hebt die Bedeutung kommunaler MVZs hervor und verweist auf entstehende Baugebiete in Hemelingen als potenzielle Standorte. Er bittet um eine Darstellung des aktuellen Planungsstandes und ggf. um Hinweise, wie der Beirat unterstützen könne.

AW Verena Madeleine Ortner: Das MVZ-Konzept liegt vor; zwischenzeitlich fehlende Finanzierungsmittel stehen nun zur Verfügung. Die Standortauswahl ist jedoch noch nicht abgeschlossen.
Anreizprogramme für Ärzte gibt es auf Landesebene bewusst nicht, um keinen Wettbewerb zwischen Ländern zu fördern. Große Hoffnungen bestünden hingegen in der beschleunigten Anerkennung ausländischer Fachkräfte, bei der Bremen bundesweit führend sei.

Sebastian Springer bekräftigt die Dringlichkeit eines MVZ in Hemelingen und verweist auf den steigenden Flächendruck in Neubaugebieten. Er fragte nach Anreizsystemen zur Fachkräftegewinnung.

AW Verena Madeleine Ortner: Die MVZ-Planung wird zeitnah öffentlich werden. Anreizsysteme gibt es nicht; stattdessen wird auf effizientere Anerkennungsverfahren für internationale Fachkräfte gesetzt.

Berfin Atac thematisiert den Numerus Clausus und berichtete von persönlichen Erfahrungen, wonach schulische Noten die Eignung für ein Medizinstudium nicht zuverlässig abbilden. Sie fragte nach Möglichkeiten, den NC zu lockern, um langfristig mehr Fachkräfte auszubilden.

AW: Verena Madeleine Ortner führt aus, dass ein Medizinstudienplatz sehr kostenintensiv sei und Bremen daher keine eigene medizinische Fakultät errichten könne.

Eine Absenkung des NC würde das grundsätzliche Problem nicht lösen, da dadurch nicht mehr Studienplätze geschaffen würden.

Die Bindung von Fachkräften erfolge eher durch Praktika, Famulaturen und Kooperationen mit norddeutschen Hochschulen sowie Kliniken im Ausland.

Jörn Hermening merkt an, dass es wohl unterschiedliche wissenschaftliche Erkenntnisse zur Bindung von Medizinstudierenden an Studienorte vorliegen, die Aussage der KV war eine andere.

AW: Verena Madeleine Ortner erläutert, dass Hausärztinnen und Hausärzte häufig in ihre Herkunftsregion zurückkehren, während Fachärztinnen und Fachärzte eher im Umfeld ihres Studienortes bleiben. Maßgeblich sei jedoch die Attraktivität der Weiterbildungsstrukturen.

Jörn Hermening formuliert den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Beirat Hemelingen fordert den Senat auf, wirksame Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Gesundheitswesen zu entwickeln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der Mitte der 2030er-Jahre voraussichtlich rund dreißig Prozent weniger Ärzt:innen zur Verfügung stehen werden.

Nach kurzer Diskussion wird beantragt den Antrag in den Fachausschuss Umwelt, Lärm und Gesundheit zu überweisen und dort zu beraten. Eine Beschlussfassung soll dann wieder im Beirat erfolgen.

Abstimmung: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 4: Gewerbegebiet Hansalinie / Erschließung 3. Bauabschnitt

Dieser Tagesordnungspunkt fällt aufgrund von Krankheit der Referent:innen aus. Das Thema wird auf die Januarsitzung des Beirats verschoben.

TOP 5: Beiratsverschiedenes

Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und KITAS

Jörn Hermening verliest den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Yunas Kaya schlägt vor, im letzten Spiegelstrich des vorgelegten Beschlussentwurfs noch das Wort „festlegt“ einzufügen. Die Änderung wird einvernehmlich übernommen.

Der Beirat Hemelingen fordert:

Der Senator für Kinder und Bildung soll bei der Auswahl zukünftiger Träger von Kitas die Versorgung der Kinder durch Frischeküchen als positives Auswahlkriterium berücksichtigen. Für die bestehenden Kitas soll ein Konzept erstellt werden, wie zukünftig eine Versorgung der Kinder durch Frischeküchen in allen Kitas ermöglicht werden kann. Bei Kita Bremen ist dies als stätischem Träger zeitnah umzusetzen.

In Schulen soll ebenfalls ein Plan zur Umstellung auf Frischeküchen erstellt werden.

Zudem wünscht der Beirat Auskunft darüber:

- *wie das Essensangebot in den Schulen jeweils wahrgenommen wird*
- *wie viele Schüler:innen das Essensangebot nicht annehmen, wie viele tun dies*
- *welche Auswahlmöglichkeiten beim Essen Schüler:innen an den Schulen haben*
- *Wie das Ressort die Qualität des Essens in den Schulen in Bezug auf gesunde Ernährung festlegt und bewertet.*

Abstimmung: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag zum Antrag Landesfeuerwehrverband

Jörn Hermening verliest den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Beirat Hemelingen schließt sich den Forderungen des Landesfeuerwehrverbandes an und bittet um Behandlung des Themas in der Beirätekonzferenz. Der Beirat Hemelingen legt dabei besonders Wert auf eine gute und zeitgemäße Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr Mahndorf.

Abstimmung: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Rückmeldung zu den Haushaltsanträgen des Beirates Hemelingen

Jörn Hermening fasst die Rückmeldungen zusammen:

HH-01: Aufstockung Straßenunterhalt

- Abgelehnt, Fokus bei Straßen liegt auf Verkehrssicherheit

HH-02: Anpassung Mittel für OKJA

- Abgelehnt

HH-03: Anhebung des Grünflächenbudgets

- Abgelehnt, Budget wurde in den Haushaltsentwürfen 26/27 bereits aufgestockt

HH-04: Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Infrastruktur in Bildung und Sport

- Glockenstraße: abgelehnt
- Grundschule Arbergen: abgelehnt
- Oberschule Sebaldsbrück: Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen Im Haushalt 26/27 wird nicht zugesagt
- Grundschule Parsevalstr.: abgelehnt
- Grundschule Mahndorf: abgelehnt
- Grundschule Osterhop: Projekt wird als nachrangig eingestuft
- Sanierung der Sporthallen: Prüfung hat stattgefunden
- WOS: Bedarfe Brandschutz werden geprüft

HH-05: Modernisierung Beiratsarbeit

- Die Beiräte werden mit Technik zur Übertragung von Sitzungen ausgestattet

HH-06: Entwicklung Rennbahngelände & Umzug ASV & Ausbau OS Sebaldsbrück

- Abgelehnt

HH-07: Mittel für die Sanierung der Hemelinger und Arberger Heerstraße

- Abgelehnt

HH-08: Barrierefreiheit

- Abgelehnt

HH-09: öffentlich geförderte Beschäftigung

- Abgelehnt, aufgrund der geplanten Wettbewerbsverfahren

HH-10: Senior:innen

- Abgelehnt, SASJ fördert bereits eine Reihe von Angeboten

HH-11: Klimaschutz

- Das BeirOG wird geändert, sodass es zukünftig möglich ist die Einnahmen im Rahmen des §6 EEG an die Beiräte weiterzugeben.

HH-12: Medizinisches Versorgungszentrum

- Die SGFV erarbeitet derzeit ein Umsetzungskonzept und wird hierbei die jeweiligen Bedarfslagen in den Stadtteilen berücksichtigen.

HH-13: Kita Sanierung

- Die Kitas in Bremen erfüllen sämtliche rechtliche Voraussetzungen

Die kompletten Anträge und Antworten sind in der Anlage 1 beigefügt.

Beschlussvorschlag zu den Antworten zu den Haushaltsanträgen

Der Beirat Hemelingen bemängelt grundsätzlich, dass sich einige Ressorts nicht ausreichend mit den Haushaltsanträgen befasst haben. Eine Rückmeldung, dass sich die Beiräte die Stellungnahmen für ihren Stadtteil aus einer Tabelle im Anhang einzeln raussuchen können, ist beim Beirat Hemelingen als wenig wertschätzend angekommen. Auf konkrete Fragestellungen ist zudem teilweise nicht eingegangen worden. Als demokratisch gewähltes Stadtteilparlament wünscht sich der Beirat zukünftig qualifiziertere Rückmeldungen aus allen Ressorts jeweils einzeln zu dem jeweiligen Haushaltsantrag und zu allen Aspekten des Haushaltsantrages, wie es einige Ressorts auch gemacht haben. Da die Rückmeldungen auf Haushaltsanträge abschließend sind ist dies ein gesonderter, neuer Beschluss mit den im BeirOG festgelegten Antwortfristen.

Zu den einzelnen Antworten gibt der Beirat Hemelingen folgende Stellungnahme ab und bittet darum fehlende Informationen und Antworten nachzuliefern.

2025-HH-03 - Anhebung des Grünflächenbudgets (Anhebung um jeweils eine Pflegestufe) für alle Grünanlagen im Stadtteil

In der Antwort wurde berichtet, dass die Mittel für diesen Bereich aufgestockt werden, nicht aber, ob damit eine Anhebung der Pflegestufen möglich ist. Zudem ist die Frage offen, wie viel von der Aufstockung für den Stadtteil Hemelingen vorgesehen ist. Der Beirat wünscht eine detaillierte Auflistung der derzeitigen Pflegestufen der Grünanlagen in Hemelingen. Wir bitten darum dies nachzureichen.

2025-HH-04 Infrastruktur Bildung und Sport

Zu den Antworten:

Grundschule an der Glockenstraße

Auf welcher Grundlage ist entschieden worden, dass die Schule nicht im SchuKiBauprogramm ist? Der Ausbau zur Ganztagschule ist bereits seit 20 Jahren geplant! Wann ist das wie und mit welcher Beteiligung des Beirates geändert worden? Spielen die Sozialindikatoren keine Rolle bei der Auswahl der Schulen, die für den Ganzttag ausgebaut werden? Entspricht das dem Anspruch des Senats Ungleiches ungleich zu behandeln? (Verweis auf §9 Abs.1 Nr.11 BeirOG)

Wie kann der Ganztagsbetrieb dort ohne Umbauten gewährleistet werden?

Grundschule Arbergen:

Auf den Punkt Entwicklung zur gebundenen Ganztagschule wurde nicht eingegangen, bitte nachreichen.

Oberschule Sebaldsbrück:

Wann ist das wie und mit welcher Beteiligung des Beirates geändert worden? (Verweis auf §9 Abs.1 Nr.11 BeirOG). Ist die Schule im SchuKiBauprogramm? Bitte nachreichen.

Grundschule an der Parsevalstraße:

Sind die Räume, die aus statischen Gründen nicht genutzt werden dürfen, nicht für die zukünftige Zügigkeit der Schule notwendig? Auf die Frage nach einer möglichen Campuslösung zusammen mit der OS Sebaldsbrück wurde nicht eingegangen, bitte nachreichen.

Grundschule Mahndorf:

Auf die Frage des Kita-Bedarfs und eine mögliche Campus-Lösung nach Abbau der Mobilcontainer für die Kita ist nicht eingegangen worden, bitte nachreichen.

Grundschule Osterhop:

Wann ist das wie und mit welcher Beteiligung des Beirates geändert worden? (Verweis auf §9 Abs.1 Nr.11 BeirOG). Bitte nachreichen.

2025-HH-06 Entwicklung des Rennbahngeländes und Ansiedlung verschiedenster Institutionen einschließlich Umzug des ATSV Sebaldsbrück und Ausbau der Oberschule Sebaldsbrück.

Auf das Thema Sportflächen bzw. Umsiedlung des ATSV Sebaldsbrück wurde nicht eingegangen, bitte nachreichen.

2025-HH-08 Barrierefreiheit

Auf den Aspekt Erstellung eines Barrierekatasters wurde nicht eingegangen, bitte nachreichen.

2025-HH-12 Medizinisches Versorgungszentrum für den Stadtteil Hemelingen

Der Beirat bittet zur Antwort um Auskunft, wann das Umsetzungskonzept erstellt wird und wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist.

2025-HH-13 KITA-Sanierung

Zur Antwort aus dem Ressort SKB, Zitat: Der Forderung des Beirats, wonach Kitas einen „angemessenen Standard“ zu erfüllen haben, ist zu pauschal, um detailliert darauf eingehen zu können. Die in der Stadtgemeinde Bremen betriebenen Kitas erfüllen sämtlich die rechtlichen Voraussetzungen.

Im Haushaltsantrag ist explizit das KUFZ Osterhop benannt worden, dazu sind auch weitere Beschlüsse an das Ressort gegangen, so dass die Problemlage dort bekannt ist. Die städtischen Kitas haben überwiegend einen erheblichen Sanierungsstau, bei dem Antrag ging es nicht um die Erfüllung der gesetzlichen Regelungen, sondern um einen angemessenen Standard. Der ist aus dem Fachressort zu definieren. Die neu gebauten Kitas haben Räume für Frühförderung, für Elternarbeit, für Bewegung, Energieeffiziente Gebäude u.v.m. Wenn das ein angemessener Standard ist, wäre das der Maßstab zur Kita-Sanierung.

Bitte eine Antwort nachreichen, wie ein angemessener Standard aus fachlicher Sicht aus dem Ressort definiert wird und eine Aussage dazu, ob beabsichtigt ist diesen an den städtischen Kitas umzusetzen und dafür Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls ist eine Antwort zum Thema Beseitigung von Mängeln in den Kitas nachzuholen und ob dafür Haushaltsmittel bereitgestellt werden und wenn ja in welcher Höhe für welche Kitas im Stadtteil Hemelingen.

Da der Beirat mit einer gemeinsamen Abstimmung einverstanden ist, lässt Jörn Hermening über die Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmung: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 11.12.2025 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Häusliche Gewalt
- Mittelvergabe für OKJA 2026
- Vorstellung Bildungsbau GmbH

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll